

Die Bedeutung des Konföderalismus

Von Murray Bookchin, November 1990

Kaum ein Argument wurde wirksamer gegen eine partizipatorische direkte Demokratie vorgebracht als die Behauptung, wir würden in einer »komplexen Gesellschaft« leben. Die heutigen Ballungsräume, so sagt man uns, seien zu groß und zu dicht bevölkert, als dass direkte Entscheidungen auf Basisebene möglich wären. Zudem sei unsere Wirtschaft zu sehr »globalisiert«, um die Komplexitäten der Produktion und des Handels zu verstehen. In unserem heutigen übernationalen, oft sehr zentralisierten Gesellschaftssystem sei es besser, so rät man uns, die Repräsentation des Staates auszubauen und die Effizienz bürokratischer Institutionen zu steigern, statt utopische »Regionalisierungsprojekte« zu fördern, durch die Politik und Wirtschaft unter die Kontrolle der Bürger_innen gebracht werden sollen.

Am Ende verlaufen solche Argumente jedoch häufig im Sande, denn im Grunde sind ja alle Zentralist_innen ebenfalls »Regionalist_innen«, weil sie an »mehr Macht für das Volk« glauben – oder zumindest an mehr Macht für dessen Repräsentant_innen. Und natürlich wollen gute Repräsentant_innen immer die Wünsche ihrer »Wähler_innen« (ein weiteres arrogantes neues Wort für »Bürgerinnen«) kennen.

Doch was ist mit einer direkten Demokratie von Angesicht zu Angesicht? Hört auf zu träumen, dass wir in unserer »komplizierten« modernen Welt irgendeine demokratische Alternative zum Nationalstaat haben könnten! Viele pragmatisch denkende Leute, darunter auch Sozialist_innen, lehnen Argumente zugunsten einer solchen »Regionalisierung« oft als zu weit hergeholt ab – im besten Fall mit freundlicher Herablassung und im schlimmsten Fall mit offenem Hohn. Tatsächlich forderte mich der demokratische Sozialist Jeremy Brecher vor einiger Zeit (im Jahr 1972) in der Zeitschrift *Root and Branch* einmal auf, zu erklären, wie dezentralistische Ansichten – die ich in meinem Essay *Anarchismus jenseits des Mangels* (1969) geäußert hatte – Städte wie beispielsweise Troy im US-Bundesstaat New York daran hindern könnten, ihre unbehandelten Abfälle in den Hudson River zu werfen, aus dem flussabwärts gelegene Städte wie Perth Amboy ihr Trinkwasser beziehen.

Oberflächlich betrachtet scheinen Brechers oder ähnliche Argumente zugunsten einer zentralen Regierung recht überzeugend. Eine Ordnung, die »demokratisch« ist, aber weiterhin hauptsächlich von oben nach unten funktioniert, wird als notwendig betrachtet, um zu verhindern, dass eine Region einer anderen ökologischen Schaden zufügen kann. Doch die üblichen wirtschaftlichen und politischen Argumente gegen eine Dezentralisierung, die von der Zukunft des Trinkwassers in Perth Amboy bis zu unserer angeblichen »Erdölabhängigkeit« reichen, basieren auf einer Reihe höchst problematischer Annahmen. Am beunruhigendsten dabei ist, dass sie unbewusst die herrschende Wirtschaftsordnung akzeptieren.

Dezentralisierung und Selbstversorgung

Die Annahme, das augenblicklich Existierende müsse zwangsläufig existieren, ist wie Säure, die alle visionären Gedanken zerfrisst (dies zeigt auch die jüngste Neigung von Revolutionären, den »Marktsozialismus« zu befürworten, statt den Mängeln der Marktwirtschaft und des Staatssozialismus gleichermaßen ins Auge zu sehen). Wenn Leute eine morgendliche Stimulation am Frühstückstisch brauchen, müssen wir natürlich Kaffee importieren, und wenn die Leute langlebigere Produkte haben wollen als den Schrott, den eine bewusst ins Leben gerufene Wegwerfwirtschaft herstellt, müssen wir exotische Metalle importieren. Doch abgesehen von der vollkommenen Irrationalität, zig Millionen Menschen in überfüllte und erstickende Ballungsräume hineinzudrängen – muss denn die heutige ausufernde internationale Arbeitsteilung zwangsläufig existieren, damit die Bedürfnisse der Menschen befriedigt werden können? Oder wurde sie etwa geschaffen, um multinationalen Konzernen außerordentliche Profite zu ermöglichen? Sollen wir die ökologischen Folgen dessen ignorieren, dass die »Dritte Welt« ihrer Ressourcen beraubt wird und das moderne Wirtschaftsleben unsinnigerweise von erdölreichen Gebieten abhängt, die letztlich neben anderen Dingen Luftverschmutzung und Krebsgeschwüre produzieren, die vom Erdöl herrühren? Außer Acht zu lassen, dass unsere »Weltwirtschaft« durch die Ausbreitung industrieller Bürokratien und die Konkurrenz der »Wachse-oder-Stirb« – Marktwirtschaft entstanden ist, wäre höchst kurzsichtig.

Ich brauche kaum die offensichtlichen ökologischen Gründe darzulegen, die für ein

gewisses Maß an Selbstversorgung sprechen. Die meisten umweltbewussten Menschen wissen, dass eine exzessive nationale und internationale Arbeitsteilung wirklich extrem verschwenderisch ist. Exzessive Arbeitsteilung führt nicht nur zu übermäßiger Organisation in Form riesiger Bürokratien und eines enormen Ressourcenverbrauchs wegen des Warentransports über große Distanzen, sondern mindert zudem die Möglichkeit, effektiv Abfallrecycling zu betreiben, lokale und regionale Rohstoffe sinnvoll zu nutzen und Umweltverschmutzung zu vermeiden, deren Ursprung oft in dicht bevölkerten Industrie- und Bevölkerungszentren liegt.

Andererseits müssen wir beachten, dass relativ eigenständige Gemeinschaften, in denen Handwerk, Landwirtschaft und Industrie Netzwerken aus konföderal organisierten Gemeinwesen dienen, die Möglichkeiten und Anregungen für die Bürger_innen erweitern, harmonischere Persönlichkeiten mit einem starken Bewusstsein ihrer Selbst und ihrer Fähigkeiten zu werden. Die griechische Idealvorstellung von harmonischen Bürger_innen in einer harmonischen Umwelt – die in Charles Fouriers utopischen Werken wieder auftaucht – wurde von Anarchist_innen und Sozialist_innen im vergangenen Jahrhundert lange Zeit sehr wertgeschätzt.

Die Möglichkeit der Menschen, in einer verkürzten Arbeitswoche (oder in Fouriers Idealgesellschaft an einem bestimmten Tag) ihre produktive Tätigkeit für eine Vielzahl verschiedener Aufgaben zu nutzen, wurde von Fourier als entscheidender Faktor gesehen, um die Trennung zwischen Hand- und Kopfarbeit zu überwinden, die aus dieser wesentlichen Arbeitsteilung entstehenden Statusunterschiede zu beseitigen und den Reichtum an Erfahrungen zu mehren, den der freie Übergang von der Industrie zum Handwerk und schließlich zur Landwirtschaft mit sich brachte. Selbstversorgung führte also durch die vielfältigen Erfahrungen, Fähigkeiten und Sicherheiten zu selbstbewussten Persönlichkeiten. Leider ging diese Vision den Linken und vielen Umweltaktivist_innen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verloren, als sie zu einem pragmatischen Liberalismus übergingen und als die revolutionären Bewegungen tragischerweise ihre eigene visionäre Vergangenheit ignorierten.

Ich denke, wir sollten den Blick auf die Bedeutung einer ökologischen Lebensweise nicht verlieren und nicht nur sinnvollen ökologischen Praktiken nachgehen. Die

Unmenge an Ratgebern, die uns darüber belehren, wie wir in »ökologisch verantwortlicher« Weise investieren, essen, einkaufen und nachhaltig handeln sollen, sind ein Zerrbild der grundlegenden Notwendigkeit, darüber nachzudenken, was ökologisch zu leben und zu denken – ja sogar ökologisch zu argumentieren – im wahrsten Sinne des

Wortes eigentlich bedeutet. So würde ich etwa behaupten, dass das Anlegen und Bewirtschaften eines biologischen Gartens mehr als nur gutes wirtschaftliches Handeln und eine gute Nährstoffquelle wäre; es wäre vor allem ein Weg, selbst unmittelbarer Teil des ökologischen Kreislaufs zu werden, indem man die Pflanzen, die man zum Leben benötigt, selbst anbaut, und der Umwelt wieder zurückgibt, was man ihr genommen hat.

Nahrung wird dann zu mehr als einem bestimmten materiellen Nährstoff. Der bewirtschaftete Boden, die kultivierten und verzehrten Lebewesen und der selbstgemachte Kompost vereinigen sich zu einem ökologischen Ganzen, das unseren Verstand und Körper ernährt und unseren Blick für die uns umgebende Welt der Menschen und anderer Lebewesen schärft. Ich bin nicht selten amüsiert von begeisterten »Spirituellen«, die häufig entweder passive Beobachter_innen der angeblich »natürlichen« Landschaft sind, oder Verehrerinnen von Ritualen oder magischen und heidnischen Gottheiten (oder von allem zusammen), denn diese Leute erkennen nicht, dass etwas, was zu den menschlichsten aller Tätigkeiten gehört, nämlich der Nahrungsmittelanbau, mehr zur Schaffung eines Umweltbewusstseins (und vielleicht zur Spiritualität) beitragen kann als all die Beschwörungen und Mantren, die manche im Namen ökologischer Spiritualität erfinden.

So gewaltige Veränderungen wie die Auflösung des Nationalstaats und seine Ablösung durch eine partizipatorische Demokratie vollziehen sich folglich nicht in einem psychologisch leeren Raum, in dem einzig die politische Struktur verändert wird. Ich habe Jeremy Brechers Argument entgegengesetzt, dass wir in einer Gesellschaft, die von Grund auf den Weg zu einer dezentralisierten und partizipatorischen Demokratie einschlägt und dabei von kommunitaristischen und ökologischen Prinzipien geleitet wird, durchaus annehmen könnten, dass die Menschen nicht ein solch unverantwortliches soziales Verhalten wählen würden, die

Gewässer des Hudson River zu verschmutzen. Eine Dezentralisierung, eine direkte partizipatorische Demokratie und eine Betonung regionaler, gemeinschaftlicher Normen sollten als Teile eines Ganzen verstanden werden – und so habe ich sie alle sicher auch in meinen Vorschlägen verstanden, die ich seit mehr als dreißig Jahren vertreten habe. Dieses »Ganze« umfasst nicht nur eine neue Politik, sondern auch eine neue politische Kultur mit neuen Richtungen des Denkens und Empfindens, mit neuen zwischenmenschlichen Beziehungen sowie einer anderen Wahrnehmung der Natur.

Begriffe wie »Politik« und »Bürgerschaft« würden durch ihre vielfältigen, mit der Zeit erworbenen Bedeutungen neu definiert und für die heutige Zeit erweitert werden.

Es lässt sich recht leicht im Einzelnen zeigen, wie die internationale Arbeitsteilung stark verringert werden könnte, wenn wir lokale, regionale Ressourcen nutzen, Umwelttechnologien einführen, den Konsum der Menschen an rationalen (und natürlich gesunden) Maßstäben ausrichten und Gewicht auf die Qualität der Produkte legen würden, um nachhaltige Waren (statt Wegwerfprodukte) herzustellen. Unglücklicherweise habe ich die zahlreichen Möglichkeiten hierzu, die ich teilweise in meinem Essay *Toward a Liberatory Technology* (1965) zusammengestellt und bewertet habe, vor zu langer Zeit niedergeschrieben, als dass sie für die heutige Generation umweltbewusster Menschen noch zugänglich wären. Darin argumentierte ich auch zugunsten regionaler Vereinigungen und der Notwendigkeit, Ressourcen zwischen den ökologischen Gemeinschaften miteinander zu vernetzen, weil dezentrale Gemeinschaften zwangsläufig voneinander abhängig sind.

Probleme der Dezentralisierung

Viele pragmatisch denkende Leute erkennen die Bedeutung der Dezentralisierung nicht, und viele in der Umweltbewegung ignorieren häufig die keineswegs geringen Probleme der »Regionalisierung« – Probleme, die nicht weniger beunruhigend sind als die Probleme der Globalisierung, die eine vollständige Verflechtung von Wirtschaft und Politik auf weltweiter Ebene vorantreibt. Ohne kulturelle und politische Veränderungen im Ganzen können Dezentralisierungsprojekte, die das Gewicht auf regionale Abschottung und einen gewissen Grad an Selbstversorgung legen, zu kulturellem Provinzdenken und Chauvinismus führen. Provinzdenken kann genauso

schwerwiegende Probleme hervorrufen wie eine »globale« Gesinnung, die die Einzigartigkeit der Kulturen und die Besonderheiten der Ökosysteme und ökologischen Regionen übersieht, und zudem den Wunsch nach einem humanen Gemeinschaftsleben ignoriert, das eine partizipatorische Demokratie möglich macht. Angesichts einer Umweltbewegung, die sich oft in die Richtung sehr wohlgemeinter, aber eher naiver Extreme bewegt, ist diese Frage heute nicht unbedeutend. Ich kann nicht eindringlich genug wiederholen, dass wir einen Weg finden müssen, die Welt mit allen Menschen und Lebewesen zu teilen – eine Sichtweise, die in allzu »unabhängigen« Gemeinschaften oft schwer erreichbar ist.

So sehr ich die Ziele der Anhänger_innen regionaler Unabhängigkeit und persönlicher Nachhaltigkeit schätze, so irreführend können beide Gedanken sein. Gewiss bin ich auch der Meinung, dass eine Gemeinschaft die von ihr benötigten Güter wahrscheinlich selbst produzieren sollte, wenn sie dazu in der Lage ist. Doch selbstversorgende Gemeinschaften können nicht alle von ihnen benötigten Waren selbst herstellen – es sei denn, sie kehren zu jenem ermüdenden Dorfleben zurück, bei dem im Verlauf der Geschichte Kinder oft hart schufteten mussten und wo den Frauen und Männern jenseits der unmittelbaren Gemeinschaftsgrenzen sehr wenig Zeit für politische Tätigkeit blieb.

Ich muss leider sagen, dass einige in der Umweltbewegung tatsächlich die Rückkehr zu einer höchst arbeitsintensiven Wirtschaft befürworten und manchmal sogar die Rückkehr zu Steinzeitgottheiten. Fraglos müssen wir den Idealen der Regionalisierung, Dezentralisierung und Selbstversorgung eine größere und vollständigere Bedeutung geben.

Heute könnten wir die Grundbedürfnisse des Lebens – und viele weitere Dinge – in einer ökologischen Gesellschaft produzieren, die auf die Herstellung hochqualitativer und nützlicher Produkte spezialisiert ist. Doch andere in der Umweltbewegung sprechen sich letztlich allzu oft für eine Form des »kooperativen« Kapitalismus aus: Eine Gemeinschaft, die wie ein einzelner Unternehmer handelt und ein Gefühl des Besitzes ihrer eigenen Ressourcen entwickelt. Ein solches Netzwerk von Kooperativen markiert eben wieder den Beginn eines Marktsystems zu Verteilungszwecken, und die Kooperativen werden in das Geflecht »bourgeoiser Rechte« verwickelt – in Verträge und »haltung, die auf die Exaktheit der

Warenmengen abzielen, die eine Gemeinschaft im »Austausch« für ihre Lieferungen erhält. Zu einem solchen Rückschritt kam es in Barcelona im Juli 1936 bei manchen der von Arbeiter_innen kontrollierten Betriebe, die wie kapitalistische Unternehmen funktionierten, nachdem die Arbeiter_innen sie übernommen hatten – eine Praxis, die die anarchosyndikalistische CNT (Confederación Nacional del Trabajo) zu Beginn der Spanischen Revolution noch bekämpft hatte.

Es ist eine beunruhigende Tatsache, dass weder die Dezentralisierung noch die Selbstversorgung an sich zwangsläufig demokratisch sein müssen. Platons ideale Stadt in seiner Republik war tatsächlich als selbstversorgend geplant, doch die Selbstversorgung zielt darauf ab, eine Elite aus Krieger_innen und Philosoph_innen zu unterhalten. In Wirklichkeit hing ihr Vermögen, die Selbstversorgung aufrechtzuerhalten, genau wie in Sparta von ihrer Fähigkeit ab, vermeintlich »verderbliche« Einflüsse ausländischer Kulturen auszuschließen. Ähnlich schafft eine Dezentralisierung allein noch keine Gewissheit, dass wir künftig in einer ökologischen Gesellschaft leben werden. Eine dezentralisierte Gesellschaft kann leicht im Verein mit extrem rigiden Hierarchien existieren. Ein eindrucksvolles Beispiel dafür ist der europäische und orientalische Feudalismus, – eine Gesellschaftsordnung, in der fürstliche, herzogliche und freiherrliche Hierarchien auf sehr dezentralisierten Gemeinschaften basierten. Bei allem gebotenen Respekt vor Fritz Schumacher, doch klein bedeutet nicht unbedingt auch wunderbar.

Ebenso wenig folgt daraus, dass human ausgerichtete Gemeinschaften und »zweckmäßige Technologien« allein schon die Abwesenheit hierarchischer Gemeinschaften garantieren. Gewiss lebte die Menschheit über Jahrhunderte hinweg in Dörfern und kleinen Städten, oft mit strikt geordneten sozialen Bindungen und sogar kommunistischen Eigentumsformen. Doch diese schufen auch die materielle Grundlage für die Entstehung höchst tyrannischer imperialer Staaten. An ihrer Wirtschaft und ihren Eigentumsformen gemessen verdienen sie vielleicht einen vorderen Rang in der »Zukunft ohne Wachstum«, die Ökonom_innen wie Herman Daly vertreten, doch sie waren das Fundament, das die furchtbarsten Gewaltherrschaften in Indien und China hervorbrachte. Was diese selbstversorgenden, dezentralisierten Gemeinschaften fast genauso fürchteten wie die Armeen, die sie heimsuchten, waren die kaiserlichen Steuereintreiber, die sie

ausplünderten.

Wenn wir solche Gemeinschaften loben, weil sie in gewissem Maße dezentralisiert, selbstversorgend oder klein waren, oder weil sie »zweckmäßige Technologien« einsetzen, müssten wir gleichzeitig ignorieren, inwieweit sie kulturell auf der Stelle traten und wie leicht sie von externen Eliten beherrscht wurden. Ihre scheinbar ganzheitliche, aber traditionsgebundene Arbeitsteilung könnte durchaus die Grundlage für die Entstehung höchst unterdrückerischer und menschenunwürdiger Kastensysteme in verschiedenen Teilen der Erde gewesen sein, von denen das Gesellschaftsleben in Indien bis heute geplagt wird.

Auch wenn es sich unerfreulich anhören mag, so muss ich betonen, dass Dezentralisierung, Regionalisierung, Selbstversorgung und selbst die Konföderation alle für sich genommen nicht die Verwirklichung einer rationalen und ökologischen Gesellschaft zu irgendeiner Zeit garantieren. In der Tat haben alle diese Visionen irgendwann einmal kulturell beschränkte Gemeinschaften, Oligarchien und sogar Tyrannen unterstützt. Allerdings können wir ohne Organisationsstrukturen, die eine Realisierung dieser Visionen und ihre Verbindung untereinander versuchen, keine freie und ökologisch orientierte Gesellschaft zu verwirklichen hoffen.

Konföderalismus und gegenseitige Abhängigkeit

Dezentralisierung und Selbstversorgung müssen eine viel umfangreichere Richtschnur der Gesellschaftsorganisation enthalten als nur eine Regionalisierung. Neben Dezentralisierung, annähernder Selbstversorgung, human ausgerichteten Gemeinschaften, Umwelttechnologie und Ähnlichem besteht dringend die Notwendigkeit demokratischer und wirklich kommunitaristischer Formen der gegenseitigen Beziehungen – oder kurz, die Notwendigkeit libertärer Formen des Konföderalismus.

In vielen meiner Essays und Bücher (besonders in *From Urbanization to Cities*) habe ich die Geschichte konföderaler Strukturen im Einzelnen ausführlich dargestellt, von antiken und mittelalterlichen Konföderationen bis hin zu modernen Konföderationen wie den Comuñeros Anfang des 16. Jahrhunderts über die Pariser Sektionenbewegung von 1793 bis zu neueren konföderalen Versuchen, besonders jene der Anarchist_innen zur Zeit der Spanischen Revolution in den 1930er Jahren.

Zu großen Missverständnissen führt heute bei Anhänger_innen der Dezentralisierung häufig, dass sie allzu oft die Notwendigkeit von Konföderationen nicht erkennen, um der Tendenz dezentralisierter Gemeinschaften zur Exklusivität und zum Provinzdenken zumindest teilweise entgegenzuwirken. Wenn wir die Bedeutung des Konföderalismus nicht klar verstehen – dass er ein Grundprinzip der Dezentralisierung darstellt und ihr einen vollständigeren Sinn gibt –, werden libertär-munizipalistische Projekte womöglich im besten Fall gedankenlos oder im schlimmsten Fall für kulturell sehr engstirnige Zwecke Verwendung finden.

Nun, was also bedeutet Konföderalismus? Vor allem ist er ein Netzwerk von Verwaltungsräten, deren Mitglieder oder Delegierte in den jeweiligen Dörfern, Städten oder im Fall von Großstädten sogar in den Nachbarschaften von Volksversammlungen demokratisch in direkter Wahl gewählt werden. Die Mitglieder dieser Konföderationsräte sind strikt ihrem Mandat verpflichtet, absetzbar und den Versammlungen gegenüber verantwortlich, die sie ausschließlich zu dem Zweck wählen, die von den Versammlungen formulierten Beschlüsse zu koordinieren und umzusetzen. Ihre Funktion ist daher rein verwaltend und praktisch; sie haben keinerlei politische Entscheidungsfunktion wie die Repräsentant_innen in republikanischen Regierungssystemen.

Zu einem konföderalistischen Verständnis gehört eine klare Trennung zwischen politischen Entscheidungen einerseits sowie der Koordination und Ausführung der verabschiedeten Politik andererseits. Das Recht, politische Entscheidungen zu treffen, kommt allein den öffentlichen Versammlungen zu, die auf dem Verfahren einer partizipatorischen Demokratie basieren. Verwaltung und Koordination obliegen der Verantwortung der Konföderationsräte, welche Dörfer, Gemeinden, Nachbarschaften und Städte zu konföderalen Netzwerken verbinden sollen. Die Macht fließt also von unten nach oben statt von oben nach unten, und in den Konföderationen verringert sich der Machtfluss von unten nach oben mit dem Geltungsbereich des Föderationsrats, der in den jeweiligen Gebieten von Ortschaften zu Regionen und von Regionen zu immer größeren Territorien reicht.

Ein entscheidendes Element bei der Verwirklichung des Konföderalismus ist die gegenseitige Abhängigkeit der Gemeinschaften, um ein System wirklicher gegenseitiger Hilfe zu schaffen, das auf gemeinsamen Ressourcen, Erzeugnissen

und politischen Entscheidungen basiert. Wenn eine Gemeinschaft nicht verpflichtet ist, sich auf eine andere oder allgemein auf alle anderen zu verlassen, um wichtige materielle Bedürfnisse zu erfüllen und gemeinsame politische Ziele zu verfolgen, sodass die Gemeinschaften zu einem größeren Ganzen verbunden werden, dann könnten Exklusivität und Provinzdenken wahrscheinlich werden. Nur wenn wir erkennen, dass Konföderationen als Erweiterung einer bestimmten Form der partizipatorischen Verwaltung verstanden werden müssen, die mittels konföderaler Netzwerke funktioniert, können Dezentralisierung und Regionalisierung Gemeinschaften, die sich zu größeren Einheiten zusammenschließen, daran hindern, sich auf Kosten größerer menschlicher Vereinigungen abzuschotten.

Der Konföderalismus ist demzufolge ein Weg, die gegenseitige Abhängigkeit, die zwischen Gemeinschaften und Regionen bestehen sollte, weiterzuführen; im Grunde ist er ein Weg, diese Abhängigkeit zu demokratisieren, ohne das Prinzip der regionalen Kontrolle aufzugeben. Während ein vernünftiges Maß an Selbstversorgung für jede Ortschaft und Region wünschenswert ist, stellt der Konföderalismus eine Möglichkeit dar, lokales Provinzdenken einerseits sowie eine übermäßige nationale und globale Arbeitsteilung andererseits zu vermeiden. Kurz, er ist ein Weg für die Gemeinschaft, ihr Zugehörigkeitsgefühl und ihre Stimmigkeit zu bewahren, während sie sich gleichzeitig durch gemeinsamen Tausch an einem größeren Ganzen beteiligt, um eine harmonische, ökologische Gesellschaft hervorzubringen.

Der Konföderalismus als Grundlage der Gesellschaftsorganisation erreicht seine vollständigste Entwicklungsstufe, wenn die Wirtschaft selbst konföderal wird, indem regionale Bauernhöfe, Fabriken und andere benötigte Betriebe in die Hände lokaler Gemeinde übergehen – wenn also eine Gemeinschaft, ganz gleich wie groß oder klein sie ist, ihre eigenen wirtschaftlichen Ressourcen innerhalb eines Netzwerks mit anderen Gemeinschaften selbst zu verwalten beginnt. Eine Entscheidung zwischen Selbstversorgung auf der einen Seite und einem Marktsystem zu Tauschzwecken auf der anderen Seite erzwingen zu wollen, wäre eine zu stark vereinfachte und unnötige Abgrenzung. Meine Vision ist eine konföderale, ökologische Gesellschaft, die alles teilt – eine Gesellschaft, die auf dem Vergnügen der Warenverteilung unter den Gemeinschaften nach ihren jeweiligen Bedürfnissen aufgebaut ist, und keine

Gesellschaft, in der »kooperative«, kapitalistische Gemeinschaften bei ihren Handelsbeziehungen in einem Sumpf aus »Quidproquo« versinken.

Wäre dies unmöglich? Wenn wir weder verstaatlichten Besitz (der die politische Macht des zentralisierten Staates durch wirtschaftliche Macht verstärkt) noch eine private Marktwirtschaft (deren »Wachse-oder-Stirb-Gesetz« die ökologische Stabilität des ganzen Planeten zu zerstören droht) für geeigneter halten, dann sehe ich allein eine konföderalistische Vergemeindung der Wirtschaft als praktikable Alternative. In jedem Fall werden es dann wenigstens einmal in der Geschichte keine privilegierten Staatsbürokrat_innen oder habgierigen bourgeoisen Unternehmerinnen mehr sein, die mit den Problemen der Gemeinschaft befasst sind – oder gar »kollektive« Kapitalist_innen in scheinbar »von Arbeiterinnen kontrollierten Betrieben« –, die alle ihre jeweiligen Interessen voranbringen wollen, sondern Bürgerinnen in allen möglichen Berufen und Arbeitsplätzen. Dann werden die einstigen Interessen innerhalb der Berufe, Arbeitsplätze, sozialen Positionen und Vermögensbeziehungen überwunden und allgemeine Interessen geschaffen werden müssen, die von den gemeinsamen Problemen der Gemeinschaft ausgehen.

Eine Konföderation ist folglich ein Ganzes aus Dezentralisierung, Regionalisierung, Selbstversorgung, gegenseitiger Abhängigkeit und Weiterem. Dieses Weitere umfasst die unbedingt erforderliche moralische Erziehung und Charakterbildung – was die Griechen *paideia* nannten und zu einer rationalen, aktiven Bürgerschaft in einer partizipatorischen Demokratie führen sollte im Unterschied zu den heutigen passiven Wählerinnen und Konsument_innen. Letztlich existiert keine andere Möglichkeit, um unsere Beziehungen untereinander und zur Natur in bewusster Weise umzugestalten.

Die Behauptung, der Umbau der Gesellschaft und unserer Beziehungen zur Natur könne nur durch Dezentralisierung, allein durch Regionalisierung oder einzig durch Selbstversorgung erreicht werden, führt zu unvollständigen Lösungsvorschlägen. Jede dieser Voraussetzungen für eine Gesellschaft, die auf konföderierten Gemeinden basiert, hinterließe, wenn wir sie ignorierten, ein klaffendes Loch in dem ganzen Gesellschaftsgefüge, das wir zu errichten hoffen. Dieses Loch würde größer werden und am Ende das Gesellschaftsgefüge selbst zerstören, genau wie die Marktwirtschaft, wenn sie mit »sozialistischen« oder »anarchistischen« Gedanken –

oder wie immer man sich eine gelungene Gesellschaft vorstellt – verbunden wird, schließlich die ganze Gesellschaft beherrschen würde. Auch können wir die Trennung zwischen politischen Entscheidungen und Verwaltung nicht ignorieren, denn wenn politische Entscheidungen erst einmal den Händen der Menschen entglitten sind, werden diese von deren Abgeordneten, die dann rasch zu Bürokrat_innen werden, angeeignet.

Der Konföderalismus muss somit als ein Ganzes verstanden werden – als bewusst gestaltete Einrichtung gegenseitiger Abhängigkeiten, die eine partizipatorische Demokratie in den Gemeinden mit einem strikt überwachten System zur Koordinierung verknüpft. Dazu zählt die dialektische Entwicklung von Unabhängigkeit und Abhängigkeit in vielfältigere Formen der gegenseitigen Abhängigkeiten, genauso wie ein Mensch in einer freien Gesellschaft von seiner kindlichen Abhängigkeit zur jugendlichen Unabhängigkeit heranwächst, sodass beide aufgehoben werden und in eine gegenseitige Abhängigkeit zwischen den Menschen und zwischen Mensch und Gesellschaft übergehen.

Der Konföderalismus ist folglich ein wandelbarer, sich stets weiterentwickelnder sozialer Metabolismus, in dem das Wesen einer ökologischen Gesellschaft durch seine Unterschiedlichkeiten und durch sein Potenzial zu einer immer feineren Differenzierung bewahrt bleibt. Der Konföderalismus markiert gewiss nicht das Ende der sozialen Geschichte (wie jüngst Ideolog_innen, die das »Ende der Geschichte« predigen, uns gerne im Hinblick auf den liberalen Kapitalismus glauben lassen möchten), sondern vielmehr den Ausgangspunkt für eine neue ökologisch-soziale Geschichte, die von einer partizipatorischen Entwicklung innerhalb der Gesellschaft wie auch zwischen Gesellschaft und Natur geprägt ist.

Die Konföderation als duale Gegenmacht

Vor allem habe ich in meinen früheren Schriften zu zeigen versucht, wie Konföderationen auf Gemeindeebene in einem scharfen Konflikt mit dem zentralisierten Staat allgemein und in jüngerer Zeit mit dem Nationalstaat existiert haben. Wie ich hervorheben wollte, ist der Konföderalismus nicht einfach nur eine besondere gesellschaftliche (vor allem bürgerliche) oder munizipalistische Art der Verwaltung. Er entstammt einer lebendigen Tradition in den Beziehungen der Menschen und verfügt über eine jahrhundertealte Geschichte. Seit vielen

Generationen versuchen Konföderationen, der Tendenz der Zentralisierung und der Errichtung von Nationalstaaten entgegenzuwirken, welche in der Geschichte fast ebenso lange bestanden hat.

Wenn man denkt, Konföderalismus und Staatsmacht befänden sich nicht im Konflikt zueinander – ein Konflikt, den Nationalstaaten für viele zwischengeschaltete Ebenen wie die Provinzregierungen in Kanada oder die Bundesstaatenregierungen in den Vereinigten Staaten verwendeten, um die Illusion »lokaler Kontrolle« zu erzeugen –, dann verliert die Idee der Konföderation ihre ganze Bedeutung. Die Autonomie kanadischer Provinzen und die Rechte der US-Bundesstaaten sind ebenso wenig konföderal, wie die »Sowjets« und die Räte, die im Konflikt mit Stalins totalitärem Staat existierten, als Vermittler öffentlicher Kontrolle dienten. Die russischen Sowjets wurden von den Bolschewiki entmachtet, die mittels ihrer Partei die Sowjets innerhalb von ein oder zwei Jahren nach der Oktoberrevolution verdrängten. Die Rolle konföderaler Gemeinden, die eine Gegenkraft zum Nationalstaat darstellen, zu schwächen, indem opportunistisch »konföderalistische« Kandidaten für die Wahl in die Staatsregierung aufgestellt werden – oder noch schlimmer, für die Wahl des Gouverneursamts in vermeintlich demokratischen Staaten (wie es manche US-amerikanische Grüne vorgeschlagen haben) würde die Bedeutung der Spannungen zwischen Konföderation und Nationalstaat verschleiern; so wird die Tatsache ausgeblendet, dass beide langfristig nicht nebeneinander bestehen können.

Bei meiner Beschreibung des Konföderalismus – als Einrichtung zur Dezentralisierung, zur partizipatorischen Demokratie, zur Regionalisierung und auch als Weg zu einer noch feineren Weiterentwicklung in neue Richtungen – möchte ich betonen, dass derselbe Ganzheitsgedanke, der auf die gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen Gemeinden anwendbar ist, auch für die Gemeinde selbst gilt. Wie ich in früheren Schriften aufgezeigt habe, ist die Gemeinde der unmittelbarste politische Ort der einzelnen Menschen – eine Welt, die wörtlich an der Schwelle zur Privatheit des Familienlebens und zur Intimität privater Freundschaften steht. An diesem vorrangigen politischen Ort, wo die Politik wörtlich und im griechischen Sinne als Verwaltung der *polis* oder Gemeinschaft verstanden werden sollte, können die Menschen von bloßen Personen in aktive Bürgerinnen verwandelt werden - von privaten Wesen in öffentliche Wesen. Bei diesem entscheidenden Ort,

der es den Bürgerinnen ermöglicht, unmittelbar an der Zukunft ihrer Gesellschaft mitzuwirken, handelt es sich um eine grundlegendere Ebene der menschlichen Interaktion (abgesehen von der Familie selbst) als jede repräsentative Ebene des Regierens, wo die kollektive Macht buchstäblich in eine von einem oder wenigen Menschen verkörperte Macht umgewandelt wird. Die Gemeinde ist daher der verlässlichste Ort des öffentlichen Lebens, wie sehr er im Laufe der Geschichte auch in ein Zerrbild verwandelt wurde.

Im Gegensatz dazu setzen delegierte oder autoritäre »Politik«-Ebenen voraus, dass die Gemeinden und Bürger_innen mehr oder weniger ihre Macht abgeben. Die Gemeinde muss stets als diese wirklich authentische Welt verstanden werden. Selbst der Vergleich verschiedener exekutiver Positionen, wie die von Bürgermeister_innen mit denen von Gouverneur_innen, innerhalb des repräsentativen Machtbereichs offenbart ein enormes Missverständnis der grundlegenden politischen Natur des Bürgerlebens selbst, ungeachtet all seiner Fehlentwicklungen. So bedeutet es bei den Grünen, wenn sie in ganz formaler und analytischer Weise argumentieren – die moderne Logik gibt vor, dass Begriffe wie »exekutiv« beide Bereiche austauschbar machen dass die Vorstellung exekutiver Macht völlig aus ihrem Kontext entfernt, vergegenständlicht und in eine unbelebte Kategorie eingeordnet wird, aufgrund der äußeren Umstände, die wir mit dem Wort verbinden. Wenn die Stadt in ihrer Gesamtheit gesehen und ihr Potenzial für die Schaffung einer partizipatorischen Demokratie gänzlich begriffen werden sollen, müssen Provinz- und Bundesstaatsregierungen in Kanada und in den Vereinigten Staaten als kleine Republiken angesehen werden, die bestenfalls repräsentativ und schlimmstenfalls oligarchisch organisiert sind. Sie bilden den Kanal, über den der Nationalstaat seinen Einfluss ausüben kann, und sind ein Hindernis für die Schaffung eines wirklichen Bürgerbereichs.

Wenn Grüne im Rahmen eines libertär-munizipalistischen Programms für das Bürgermeisteramt kandidieren, hat dies also eine andere Qualität, als wenn ein Provinz- oder Bundesstaatsgouverneur im Rahmen eines vermeintlich libertär-munizipalistischen Programms kandidiert. Es bedeutet die in Gemeinden, Provinzen, Bundesstaaten und im Nationalstaat selbst existierenden Institutionen aus ihrem Kontext zu reißen und alle drei dieser exekutiven Posten in einen rein formalen

Bereich zu platzieren. Mit gleicher Ungenauigkeit ließe sich behaupten, dass Menschen und Dinosaurier, weil beide über Wirbelsäulen verfügen, derselben Spezies oder sogar derselben Gattung angehören. In allen diesen Fällen muss eine Institution – seien es Bürgermeister innen, Ratsmitglieder oder gewählte Personen – im Gesamtkontext der Gemeinde gesehen werden, genau wie Präsident_innen, Premierminister_innen und Parlamentsmitglieder ihrerseits im Gesamtkontext des Staates gesehen werden müssen. Aus dieser Perspektive ist es etwas völlig anderes, wenn Grüne für das Bürgermeisteramt kandidieren, als wenn sie für Provinz- oder Bundesstaatsämter kandidieren. Es ließen sich unendlich viele detaillierte Gründe dafür anführen, warum die Befugnisse von Bürgermeister innen unter weit größerer Kontrolle und viel stärkerem Einfluss der Bürger innen stehen als die Befugnisse von Leuten in Provinz oder Bundesstaatsämtern.

Diese Tatsache zu ignorieren, heißt, jede Bedeutung der jeweiligen Rahmenbedingungen und Umstände fallenzulassen, in denen sich Politik, Verwaltung, Beteiligung, Repräsentation und anderes abspielen. Ein Rathaus in einem Dorf oder einer Stadt ist nun einmal keine Hauptstadt in einer Provinz, einem Bundesstaat oder einem Nationalstaat.

Zweifellos existieren heute so große Städte, dass sie beinahe schon eigenständige Republiken sein könnten. Man denke nur an Großstadtgebiete wie New York City oder Los Angeles. In diesem Fall könnten Minimalprogramme der grünen Bewegung fordern, innerhalb des Stadtgebiets Konföderationen einzuführen – und zwar in Nachbarschaften oder bestimmbar Distrikten, nicht nur in den Stadtgebieten selbst. Diese dicht bevölkerten, ausgedehnten, überdimensionierten Gebilde müssen institutionell am Ende in tatsächliche Gemeinden zerlegt werden, die sich an menschlichen Dimensionen messen lassen und sich einer partizipatorischen Demokratie bedienen. Diese Gebilde sind keine voll entwickelten Staatsmächte, weder institutionell noch in der Realität, wie wir sie selbst in spärlich bevölkerten US-Bundesstaaten vorfinden. Bürgermeister innen sind keine Gouverneur_innen und haben auch nicht die enorme tyrannische Macht von Gouverneur_innen, und ebenso wenig sind Stadträte Parlamente oder Kapitole, die die Todesstrafe buchstäblich legalisieren können, wie es heutzutage in den Vereinigten Staaten geschieht.

Auch wenn Städte sich in etwas Ähnliches wie Staaten verwandeln sollten, besteht

immer noch viel Spielraum, um eine Politik in libertärem Sinne zu betreiben. Die exekutiven Zweige dieser urbanen Gebilde stellen bereits eine äußerst bedenkliche Grundlage dar und tragen die Last gewaltiger Bürokratien, politischer Mächte, Steuerleistungen und juristischer Systeme, die für ein libertär-munizipalistisches Projekt schwerwiegende Fragen aufwerfen. Wir müssen uns stets vollkommen offen fragen, welche Form die unmittelbare Situation gerade annimmt. Wenn Stadträte und Bürgermeisterämter in Großstädten ein Ort sind, wo sich die Machtkonzentration in einem zunehmend stärker werdenden Staat oder in einer Provinzexekutive – oder noch schlimmer, in regionalen Zuständigkeitsbereichen, die mehrere solcher Städte einschließen (Los Angeles ist ein bekanntes Beispiel) – bekämpfen lässt, dann könnte der einzige Ausweg für uns, um die Entstehung zunehmend autoritärer staatlicher Institutionen aufzuhalten und zur Wiederherstellung einer institutionell dezentralisierten Demokratie beizutragen, darin bestehen, für den Stadtrat zu kandidieren.

Es wird zweifellos viel Zeit in Anspruch nehmen, ein urbanes Gebilde wie New York wirklich zu dezentralisieren und in authentische Gemeinden und am Ende in eine Konföderation von Kommunen umzugestalten. Eine solche Bemühung ist Teil des Maximalprogramms der grünen Bewegung. Es gibt jedoch keinen Grund, warum die Institutionen eines städtischen Gebildes solcher Ausmaße nicht allmählich dezentralisiert werden könnten. Der Unterschied zwischen einer wirklichen Dezentralisierung und einer institutionellen Dezentralisierung muss immer im Hinterkopf behalten werden. Immer wieder sind hervorragende Vorschläge von Radikalen und sogar von Stadtplaner_innen gemacht worden, die Demokratie in solchen riesigen städtischen Gebilden zu regionalisieren und der Bevölkerung mehr Macht zu geben, nur um dann von Zentralist_innen zynisch wieder zerrissen zu werden, die solchen Unternehmungen Steine in den Weg legen.

Wenn man die institutionelle Dezentralisierung für gleichbedeutend mit einer wirklichen Zerlegung solch großer Gebilde hält, so bringt man die Argumente von Dezentralisierungsbefürworter_innen durcheinander. Es ist ein gewisses Täuschungsmanöver der Zentralist_innen, diese zwei sehr verschiedenen Entwicklungslinien als identisch darzustellen oder sie miteinander zu verknüpfen. Libertäre Munizipalist_innen müssen sich stets die Unterscheidung zwischen

institutioneller und wirklicher Dezentralisierung deutlich vor Augen führen und sich dessen bewusst sein, dass eine institutionelle Dezentralisierung gänzlich erreichbar ist, wohingegen die Einführung einer wirklichen Dezentralisierung viele Jahre lang dauern kann.